

/// Ursachen und (Schein-)Lösungen in Afrika

STAATSZERFALL ALS HERAUSFORDERUNG

SIEGMAR SCHMIDT /// Der Optimismus der frühen 1990er-Jahre nach dem Ende des Ost-West-Konflikts war schnell vorbei. Entgegen den Hoffnungen auf eine friedlichere Welt im Sinne einer „neuen Weltordnung“ und einer „Friedensdividende“ nahm in den folgenden Jahren die Anzahl und Intensität von zumeist innerstaatlichen Gewaltkonflikten stark zu.

Einführung

Der Weltbankbericht aus dem Jahre 2011 nennt für die 1990er-Jahre die seit 1945 historisch einmalig hohe Zahl von 91 (neuen) gewaltsamen Konflikten. Die Anzahl der Konflikte nahm zwar in den folgenden Jahren ab, doch verzeichnet das Heidelberger Konfliktbarometer (HIK) für das Jahr 2013 insgesamt 221 gewaltsame Konflikte, darunter 45 „highly violent conflicts“, worunter 20 Kriege und 25 begrenzte Kriege fallen. Die innerstaatlichen Konflikte und Kriege machen dabei 80 % aus. Beginnend mit dem Zerfall Somalias und den Jugoslawien-Kriegen Anfang der 1990er-Jahre zeigten sich neue Kriegs- und Konfliktformen und damit neue Herausforderungen für die internationale Friedens- und Konfliktbearbeitung sowie für die Entwicklungszusammenarbeit der OECD-Staaten.

Definition

Der Berliner Politikwissenschaftler Herfried Münkler sprach von den neuen Kriegen.¹ Diese weisen folgende Charakteristika auf: Die kriegführenden Akteure sind häufig nichtstaatliche Gewaltakteure wie Milizen, Warlords oder kriminelle Gruppen, denen es kaum um ideologische oder politische Ziele geht. Sie streben vielmehr nach Übernahme der Macht im Sinne von Verfügbarkeit über Territorium, Rohstoffe und Menschen. Sie leben gewissenmaßen vom Krieg und

Seit den 1990er-Jahren haben die **INNERSTAATLICHEN** gewaltsamen Konflikte zugenommen.



Quelle: Thomas Koehler/Getty Images

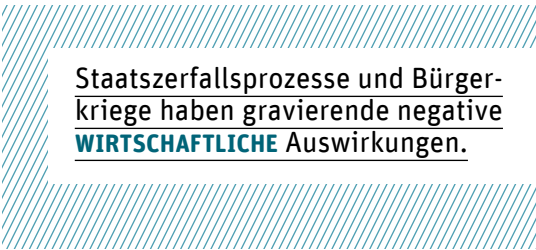
Kam der Abzug in Afghanistan zu früh? Ein Wiederaufbau ist sehr komplex und erfordert neben den Kosten auch viel Zeit, Geduld und Ausdauer, um erfolgreich zu sein.

haben kein Interesse am Frieden. Klare Fronten zwischen den vielfachen Konfliktakteuren sind kaum erkennbar und kennzeichnend ist exzessive Gewalt gegenüber der Zivilbevölkerung. Das humanitäre Völkerrecht wird nicht respektiert. Massive Menschenrechtsverletzungen an Zivilisten wie etwa die Massenvergewaltigungen von Frauen und Gewalt gegen Kinder werden zu einem Teil einer Strategie und daher systematisch und bewusst eingesetzt. Die Gewalt ist Mittel des Krieges und dient dazu, Furcht und Schrecken zu verbreiten und Menschen zur Flucht zu zwingen. Dadurch

sind häufig auch Nachbarländer von den Folgen der Kriege betroffen.

Diese neuen Kriege, an denen nicht alles wirklich neu ist wie z. B. Warlords als Akteure, können sowohl Ursache als auch Folge von Prozessen des Staatszerfalls sein oder sie sind zumindest Begleiterscheinung des Kontrollverlustes der Zentralinstanz. Die Erosion von Staatlichkeit bis hin zum völligen Zerfall von Staaten unterscheidet sich von Bürgerkriegen und zwischenstaatlichen Kriegen erheblich, da die grundlegende Funktionsweise und damit die pure Existenz von Staaten betroffen ist. Mit

dem Zerfall von Staaten geht immer der Verlust des staatlichen Gewaltmonopols einher. Der Zentralstaat oder die regionale Administration ist nicht mehr in der Lage, ihre grundlegendsten Aufgaben – die Gewährung von Sicherheit und ein Mindestmaß an Institutionen zur Überlebenssicherung – zu gewährleisten. Die Reichweite des Verlustes des



Staatszerfallsprozesse und Bürgerkriege haben gravierende negative WIRTSCHAFTLICHE Auswirkungen.

Gewaltmonopols ist dabei unterschiedlich: Während in Somalia, Liberia und Sierra Leone die Zentralregierung praktisch keinerlei Kontrolle mehr besaß, beschränkte sich in der DRC, dem Tschad und der Zentralafrikanischen Republik der Kontrollverlust auf einen Teil des Territoriums.

Unter humanitären Gesichtspunkten ist der gewaltsame Zerfall von Staaten eine Katastrophe für die Bevölkerung. Fragile Staatlichkeit oder Staatszerfall ist ein ziemlich abstrakter Begriff für eine Entwicklung, die das Ausmaß der humanitären Katastrophe nicht widerspiegelt. Der Journalist Hans Christoph Buch hat in einem kleinen Bändchen die Auswirkungen von Staatszerfall sehr plastisch beschrieben.² Seine Analysen und Augenzeugenberichte aus Haiti, Bosnien, Tschetschenien und vor allem Liberia schildern fast schon apokalyptische Szenen. Die Bevölkerung leidet unter exzessiver Gewalt zumeist

aller Gewaltakteure, und elementare Versorgungsleistungen stehen nicht mehr zur Verfügung. Das ohnehin oft nur rudimentäre Gesundheitssystem, die Infrastruktur und Bildungseinrichtungen werden zerstört oder hören auf zu arbeiten. Hilfsorganisationen können allenfalls sehr begrenzt arbeiten, da auch sie von Gewalt bedroht werden. Die meisten Menschen sterben an den Folgen der Unterversorgung und nicht infolge direkter kriegerischer Gewalt.

Staatszerfallsprozesse und Bürgerkriege werfen Länder in ihrer Entwicklung um Jahre oder sogar Jahrzehnte zurück. Die bisherigen Erfolge von Entwicklungszusammenarbeit werden zunichte gemacht. Der Wiederaufbau verschlingt Milliarden und dauert Jahrzehnte, wie die Beispiele Liberia und Sierra Leone demonstrieren. Fragile Staaten erhielten im Jahr 2010 38 % der Mittel aus der Entwicklungszusammenarbeit. Zerfallene Staaten gefährden aber auch die internationale Sicherheit. „Weiße Flecken“ auf der Landkarte können wie in Afghanistan (bis zur Intervention 2001), dem Irak oder Libyen (ISIS-Unterstützung) terroristischen Gruppen Rückzugsmöglichkeiten bieten oder zum Umschlagplatz von Drogen und Menschen für kriminelle Netzwerke werden. Im Falle von rohstoffreichen Staaten können Lieferunterbrechungen infolge von Chaos die ökonomische Sicherheit westlicher Staaten beeinträchtigen.

Die katastrophalen humanitären Auswirkungen und mögliche Sicherheitsgefährdungen durch zerfallende Staaten haben zu einer Intensivierung der wissenschaftlichen Beschäftigung mit dem Problem geführt.³ Diese wissenschaftliche Analyse hat erhebliche praktische Relevanz, da Kenntnisse

über die Ursachen, die konkreten Auslöser und die Prozesse Voraussetzung für eine Eindämmung der Folgen sind. Fragile Staatlichkeit, so zeigen viele vergleichende Studien, ist insbesondere ein Problem in Subsahara Afrika. In der 10. Ausgabe des von der US-Stiftung Fund for Peace herausgegebenen Fragile State Index aus dem Jahr 2014⁴ sind unter den 24 als instabil geltenden Staaten allein 18 Staaten aus Subsahara-Afrika. Dieser Index kombiniert zehn sowohl strukturelle Faktoren (u. a. Bevölkerungsdruck, Armutsraten) als auch politische Kriterien (Legitimität des Staates, Rolle der Sicherheitskräfte etc.). Ziel der jährlich durchgeführten Datenerhebung ist es, Fragilität zu identifizieren und damit die Möglichkeit zur Konfliktprävention zu schaffen.

Inwieweit es möglich ist, massive Konflikte und Gewaltanwendung sowie Zerfallsprozesse gewissermaßen mit hoher Wahrscheinlichkeit vorauszusagen, ist aber fraglich. In der Ausgabe des Index für 2014, in der die Entwicklung im Jahr 2013 analysiert wird, findet sich Libyen auf dem 41. Rang von 178 untersuchten Staaten. 2014 versank das Land dann im Chaos. Milizen lieferten sich massive Gefechte, die Übergangsregierung in Bengasi erklärte ihren Rücktritt und zwei Parlamente konkurrieren nun miteinander. Ein Ende des Kampfes um die politische Macht und damit die Verfügung über die Ölquellen des Landes ist Anfang 2015 noch nicht abzusehen und zahlreiche Libyer fliehen in Nachbarstaaten oder nach Europa.

Ursachen des Zerfalls

Libyen gilt vielen Beobachtern als ein Beispiel für den sog. „Fluch der Ressourcen“. Grundlage dabei ist u. a. die Argumentation des ehemaligen leiten-

den Weltbankmitarbeiters Paul Collier, dass Reichtum an Ressourcen wie Diamanten und Öl die Ursache für Konflikte und Bürgerkriege sei.⁵ Die leichte Verfügbarkeit der Ressourcen bzw. die Kontrolle über Bergwerke und Raffinerien im Falle von Diamanten und Öl motivierte politische Führer und Kriminelle, sich mit Gewalt den Zugriff auf diese Ressourcen zu verschaffen. Die Rekrutierung von Kämpfern stelle in Ländern, in denen eine hohe Zahl von jungen Männern ohne Bildung und Ausbildung vorhanden sei, kein Problem dar. Diese sind leicht zu motivieren, sich den Milizen anzuschließen. Hinzu kommt, dass Waffen häufig verfügbar und die Regierungsarmeen kaum kampfbereit seien und in der Bevölkerung verachtet würden, da sie auch für Gewalt und Rechtslosigkeit mit verantwortlich seien. Allerdings sind keineswegs alle Länder mit leicht verfügbaren oder – in der Diktion von Collier plünderbaren Rohstoffen – von Gewalt und Zerfall bedroht, wie in Afrika die Beispiele Botswana, Namibia und Südafrika zeigen.

Andere Autoren argumentieren, dass die Schwäche oder die Fragilität afrikanischer Staaten historisch bedingt sei. Robert Jackson hat bereits in den 1980er-Jahren darauf hingewiesen, dass zahlreiche afrikanische Staaten strukturell schwach seien und er sprach daher von „Quasi-States“.⁶ Die Staaten verfügten zwar über die äußeren Anzeichen von Souveränität, doch seien sie in der Fläche kaum präsent und – hier argumentiert er mit Kriterien von Staatlichkeit von Max Weber – die Verwaltung durchdringe das Territorium kaum. Der Staat ende letztlich kurz nach der Hauptstadtgrenze. Die Schwäche des Staates in Afrika sei auch historisch bedingt, denn Staatlichkeit war in

Ressourcenreichtum, strukturelle Schwäche oder eine schlechte Regierungsführung können den Zerfall **VERURSACHEN.**

den meisten Teilen Afrikas in der vor-kolonialen Zeit nur schwach ausgeprägt und der koloniale Kommandostaat war ebenfalls schwach und installierte daher eine indirekte Herrschaftsausübung mithilfe der einheimischen Eliten. Der Zusammenhalt dieser „Staaten“ wurde tendenziell durch wirtschaftliche Unterstützung (Entwicklungskredite) und militärische Hilfe von außen sowie die OAU (Organisation Afrikanischer Staaten), die die Grenzen für sakrosankt erklärte, garantiert. Mit dem Wegfall des Ost-West-Konflikts verloren die meisten Staaten ihre geostrategische Bedeutung und die Unterstützung und Aufmerksamkeit des Westens ließen gerade in den 1990er-Jahren nach. Bedrohliche Entwicklungen wie u. a. in Ruanda wurden kaum zur Kenntnis genommen und die Bereitschaft zu intervenieren – politisch wie militärisch – war nach dem Somalia-Desaster der USA in Somalia 1993 nicht mehr vorhanden.

Die meisten Autoren weisen auch darauf hin, dass insbesondere autoritäre Staaten mit einem effektiven Mangel an „guter Regierungsführung“ (Good Governance) und massiver Korruption von Zerfallsprozessen betroffen sind. Die Staaten, so die Argumentation, verfügten aufgrund ihrer geringen Leistungsfähigkeit und Glaubwürdigkeit kaum über Akzeptanz auf Seiten der Bevölkerung und nur geringe politische Legitimität. Die Bevölkerung verhalte sich in Krisensituationen daher nicht loyal zu einer Regierung, die wenig für sie leistet. Demnach könnte effektive Staat-

lichkeit mit sichtbarer Good Governance durch leistungsfähige Institutionen und eine faire Verteilung der Gewinne aus Rohstoffreichtum Konflikte verhindern.

Eine Verbindung zwischen der Art und Weise der politischen Herrschaft und einer hohen Wahrscheinlichkeit von Staatszerfallsprozessen stellen auch die beiden Afrikaspezialisten Patrick Chabal und Jean-Pascal Daloz her.⁷ Sie erklären, warum so zahlreiche Konflikte mit einem derart hohen Maß an Brutalität und Grausamkeit aufbrechen. Von ihnen stammt die These, dass eine Ursache darin liegt, dass vor allem autoritäre Herrscher Gewalt und Chaos gleichsam als Abwehrstrategie gegen Veränderungsdruck von innen oder außen einsetzen, um zumindest einen Teil der Macht behalten zu können.

Wie soll die internationale Gemeinschaft mit zerfallenen Staaten umgehen?

Die Ursachen für Staatszerfall sind von Fall zu Fall unterschiedlich und oft eine Kombination aus mehreren, miteinander zusammenhängenden Faktoren. Für die internationale Politik stellt sich immer dringender die Frage: Was tun? Fragile Staatlichkeit und Staatszerfall wurden von der Außen- und Sicherheitspolitik, aber auch der Entwicklungspolitik zumindest als eine der wichtigsten Herausforderungen der internationalen Politik wahrgenommen.⁸ Dabei wurde zunehmend erkannt, dass eine wirksame Politik nur möglich ist, wenn über die traditionellen Ressortgrenzen hinaus zivile entwicklungspolitische Instrumente eng mit der Außen- und Sicherheitspolitik verzahnt werden. Konsens herrscht auch darüber, dass ein Ignorieren von Staatszerfall und Bürgerkriegen

in anderen Weltregionen weder möglich noch rational ist. Staatsfreie Räume können leicht zu einem Sicherheitsrisiko werden.

Aber selbst wenn nur geringe Gefährdungspotenziale in einem zerfallenden Staat wie z. B. in Haiti nach dem Erdbeben (temporärer Zerfall) existieren, unterliegt die deutsche Außenpolitik Handlungsimperativen. Eine wertorientierte Außenpolitik, wie sie Deutschland für sich in Anspruch nimmt, darf systematische Menschenrechtsverletzungen oder gar Genozid nicht ignorieren. Hinzu kommt der mediale Druck auf demokratische Regierungen, angesichts von unsäglichem menschlichen Leid zu handeln. Mit der völkerrechtlich noch relativ neuen Norm der Schutzverantwortung, der „Responsibility to Protect (R2P)“, ist die internationale Gemeinschaft eine Verpflichtung eingegangen, bei schwersten Verbrechen gegen die Bevölkerung einzugreifen, wenn Regierungen dazu nicht in der Lage oder willens sind. Übersehen wird dabei häufig, dass diese UN-Erklärung drei Komponenten besitzt, nämlich Prävention (Responsibility to prevent), Reaktion auf Konflikte (Responsibility to react, auch militärisch) sowie Wiederaufbau (responsibility to rebuild). Die Diskussion konzentriert sich gegenwärtig vor allem auf humanitäre militärische Interventionen und blendet die anderen beiden Dimensionen aus.

In der deutschen entwicklungspolitischen Diskussion wurde lange Zeit das Konzept der Konfliktprävention favorisiert.⁹ Entwicklungspolitik sollte demnach einen Beitrag zur Verminderung struktureller Konfliktursachen wie Armut und Ungleichheit leisten. Definiert wurde Konfliktprävention als Quer-

schnittaufgabe für verschiedene Ministerien. In der Praxis zeigten sich schon bald die Grenzen des Konzepts. Es ist schwierig zu bestimmen, wann gehandelt werden muss, da Warnsignale nicht immer eindeutig sind und damit der Zeitpunkt des Eingreifens unklar ist. Die wichtigste Ursache für das allmähliche Abrücken von dem Konzept liegt jedoch in der mangelnden Bereitschaft, vor dem Ausbruch eines latenten zu einem manifesten Konflikt aktiv zu werden und Ressourcen bereitzustellen. Die politische Handlungsbereitschaft besteht zumeist nur, wenn schreckliche Bilder die Medien beherrschen. Vorher scheuen Staaten die erheblichen Kosten und den Aufwand für diplomatische Missionen, gerade in den Fällen, in denen klare Interessen nicht erkennbar sind. Erfolgreiche Konfliktprävention ist ferner wenig spektakulär und schwierig vermittelbar. Zudem zeigt die Erfahrung, dass Staaten, die damit beginnen, auch einen hohen Kostenanteil tragen.

KONFLIKTPRÄVENTION kann erfolgreich sein, ist aber aufwendig und kostenintensiv.

Konfliktprävention erfordert häufig auch eine enge Kooperation verschiedener Geber und NGOs, die wie die Koordinierung von Geberpolitik zeigt, kompliziert ist. Konfliktprävention ist sicherlich ein sinnvolles Konzept und kann, wie das Beispiel Mazedonien zeigt,¹⁰ auch Erfolge aufweisen, aber der

Realisierung stehen gewichtige Probleme entgegen.

Die internationale Gemeinschaft hat umfassende Anstrengungen zum Wiederaufbau von Staatlichkeit nach Beendigung der Kriegshandlungen in einer ganzen Reihe von Staaten (Afghanistan, Irak, Liberia, Sierra Leone, Ruanda) unternommen bzw. massiv unterstützt. Während die Situation in Liberia und Sierra Leone zumindest bis zum Ausbruch der Ebola-Epidemie stabil war, sind die Erfahrungen in Afghanistan und Irak eher negativ gewesen. Die neuen und demokratischen Institutionen funktionieren nur teilweise (Wahlfälschungen unter der Regierung Karsai in Afghanistan, Diskriminierung der Sunniten durch die Regierung al-Maliki im Irak) und die Länder werden nach wie vor durch terroristische Gewalttaten destabilisiert. Die bisherigen Erfahrungen demonstrieren, dass die Herausforderungen beim Wiederaufbau sehr komplex, da mehrdimensionaler Natur sind.¹¹ Erforderlich sind:

- Gewährleistung der Sicherheit durch reformierte und neu aufgestellte Armee und Polizei;
- Aufbau oder Wiederaufbau der physischen Infrastruktur, z. B. im Gesundheits- und Bildungswesen;
- Aufbau effektiver und demokratischer Institutionen, zumeist im Rahmen einer neuen Verfassung;
- Aufbau eines Rechtssystems, das Rechtsstaatlichkeit garantiert;
- wirtschaftliches Wachstum, von dem zumindest mittelfristig breitere Schichten profitieren;
- Verständigung auf einen gesellschaftlichen Grundkonsens und
- letztlich Aussöhnung zwischen den verfeindeten Konfliktparteien.

In der Praxis bedeuten diese allgemeinen Ziele einen langen Katalog von Ein-

zelmaßnahmen. Der Wiederaufbau von Staatlichkeit ist eine wahre Herkulesarbeit, die noch zusätzlich erschwert wird, da viele Staaten keine Erfahrungen mit Demokratie besitzen und kulturelle Besonderheiten wie z. B. traditionelle Rechtssysteme wie die Scharia mit neuen Modellen konkurrieren. Unklar ist

Der Wiederaufbau von Staatlichkeit kann nur LANGFRISTIG angelegt gelingen.

auch die Sequenzierung: Worauf soll Priorität gelegt werden? In einigen Fällen geht es auch nicht nur darum, den Staat wiederaufzubauen, sondern auch darum, eine Gesellschaft zu rekonstruieren. Eine Demokratie benötigt eine Zivilgesellschaft und eine friedfertige politische Kultur, die auf gewaltfreie Konfliktlösung setzt.

Konsens herrscht in der Forschung darüber, dass der Wiederaufbau von Staaten nur über sehr lange Zeiträume möglich ist und daher ein jahrzehntelanges Engagement von außen erfordert. Diese Außenunterstützung muss ferner zwischen verschiedenen Akteuren koordiniert werden und bedarf der militärischen Absicherung vor Ort. Die gegenwärtige Entwicklung in Afghanistan zeigt, dass die westlichen Staaten aufgrund innenpolitischen Widerstands wie z. B. im Falle der risikoaversen deutschen Gesellschaft und maximal mittelfristig angelegter Planungen zu jahrzehntelangem Engagement nicht in der Lage sind. Der Abzug kommt nach Einschätzung vieler Beobachter, auch vieler Afghanen, wahrscheinlich um Jahre zu früh und eine Intensivierung des Bürgerkriegs kann nach Abzug der Truppen nicht ausgeschlossen werden – manche halten sie

sogar für wahrscheinlich. Wolfgang Merkel vom Wissenschaftszentrum Berlin forderte daher jüngst eine Pflicht zu langfristigem Engagement.¹²

Die jüngsten Entwicklungen wie der Zerfall des Irak durch die Terrormiliz ISIS, der Zerfall Libyens und der Bürgerkrieg in Syrien mit hunderttausenden von Opfern und zunehmenden Flüchtlingswellen haben angesichts der exzessiven Gewalt zu einer Diskussion über Diktatoren als das „kleinere Übel“ geführt. Aus dieser Perspektive herrschte unter den Autokraten des Nahen Ostens wie Mubarak, Ben Ali, Gaddafi oder Saddam Hussein immerhin ein Mindestmaß an Stabilität und Ordnung.¹³ Diese Auffassung ist politisch inkorrekt, aber keineswegs nur zynisch gemeint. Das übergreifende Ziel ist Stabilität, auch wenn dies autoritäre Stabilität bedeutet. Autoritäre Staaten sollen, wie der Leviathan, das biblische Ungeheuer in der Philosophie von Thomas Hobbes, mit Macht und Gewalt für Sicherheit sorgen und im Gegenzug wären Menschen bereit, Einschränkungen ihrer Freiheit hinzunehmen.

Abgesehen davon, dass eine Förderung autoritärer Systeme den westlichen Wertvorstellungen widerspricht, sind die bisherigen Erfahrungen mit der Duldung oder Förderung autoritärer Systeme als Stabilitätsgaranten in Afrika allerdings wenig positiv. Die Akzeptanz und Unterstützung des autoritären Kurses des ruandischen Präsidenten Paul Kagame, insbesondere durch die USA, hat zwar ein Wiederaufflammen des Bürgerkrieges seit 1994 verhindert, doch hat Ruanda zur Destabilisierung des Ostkongo beigetragen und von ihm unterstützte Milizen haben sich schwerster Verbrechen gegen die Menschlichkeit schuldig gemacht. Hinzu kommt, dass die Aussöhnung

zwischen Hutu und Tutsi trotz Einführung der Gacaca-Volksgesichte noch keineswegs abgeschlossen ist, da bislang Verbrechen des Tutsi nicht verfolgt wurden. Fachleute halten eine wie immer geartete Neuauflage des Konflikts für nicht ausgeschlossen.

Mindestens ebenso problematisch war der Fall Liberia. Nach einem extrem grausamen Bürgerkrieg mit ca. 200.000 Toten und dem weitgehenden Zerfall des Staates wurde Charles Taylor, einer der „erfolgreichsten“ Warlords, mit Duldung der UN und westlicher Mächte zum Präsidenten gewählt.¹⁴ Der Wiederaufbau des Landes machte in der Folgezeit keine Fortschritte. Menschenrechte und demokratische Institutionen wurden weiter missachtet. Die Regierung Taylor unterstützte die Bewegung RUF (Revolutionäre Einheitsfront in Sierra Leone) unter Führung von Foday Sankoh, um Zugang zu den Diamanten im Nachbarland zu bekommen. Die

Akzeptanz und Wohlwollen gegenüber autoritären Systemen als Stabilitätsgarantie ist KEINE praktikable Lösung.

RUF verübte schreckliche Massaker an der Zivilbevölkerung. Im Jahr 2000 begann dann ein weiterer Krieg gegen die Regierung Taylor, die 2003 gestürzt wurde. Die Beispiele zeigen, dass autoritäre „Stabilität“ einen hohen Preis hat¹⁵ und dass autoritäre Systeme sich auf Dauer etablieren, im schlimmsten Fall

zu Terrorsystemen mutieren oder zur Quelle neuer Konflikte werden können und keineswegs Stabilität oder gar Frieden dauerhaft garantieren. Vergessen wird auch häufig, dass die autoritären Systeme durch ihre geringen Entwicklungserfolge, die Verhinderung sozialen Wandels und ihre schwache Legitimität zumindest Mitursache für Unzufriedenheit, bewaffneten Widerstand und letztlich sogar den Zerfall von Staaten sind.

Für den Umgang mit zerfallenen oder zerfallenden Staaten gibt es kein Patentrezept und vielfach herrscht Ratlosigkeit. Zunächst einmal muss eine Bilanz auf der Basis einer Interventions- und Außenpolitikevaluation erstellt werden. Inwieweit eine systematische Bestandsaufnahme der Erfahrungen der letzten 20 Jahre zu einer gänzlich anderen Politik oder zu einer Fortsetzung der Politik zur Unterstützung von Staatsaufbauprozessen führt, ist abzuwarten, auch wenn der Problemdruck steigt. ///



/// PROF. DR. SIEGMUND SCHMIDT

ist Professor für vergleichende und internationale Politikwissenschaft am Institut für Sozialwissenschaften der Universität Koblenz-Landau.

Anmerkungen

- ¹ Münkler, Herfried: Die neuen Kriege, Reinbek 2002.
- ² Buch, Hans Christoph: Die neue Weltordnung, Frankfurt a. M. 1996.
- ³ Die Literatur zum Thema ist kaum noch zu überblicken, vgl. für einen Überblick Mair, Stefan / Petretto: K.: Auflösung des staatlichen Gewaltmonopols und Staatszerfall, in: Afrika – ein verlorener Kontinent?, hrsg. von Mir A. Ferdowsi, München, 2. Aufl., 2008 S. 121-144; Schneckner, Ulrich (Hg.): States at risk. Fragile Staatlichkeit als Sicherheit und Entwicklungsproblem, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin 2004, http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2004_S43_skr.pdf und Gisselquist, Rachel: Aid and institution-building in fragile states: What do we know? What can comparative analysis add?, in: The Annals no. 656, November 2015, S. 6-21.
- ⁴ Fragile State Index: <http://ffp.statesindex.org/>
- ⁵ Collier, Paul: Doing well out of war: an economic perspective, in: Greed and Grievance. Economic Agendas in Civil Wars, hrsg. von Mats R. Berdal und David M. Malone, Boulder, Col 2000, S. 91-113.
- ⁶ Jackson, Robert H.: Quasi-states: sovereignty, international relations, and the third world, Cambridge, Mass. 1986.
- ⁷ Chabal, Patrick / Daloz, Jean-Pascal: Africa Works, Disorder as political instrument, Oxford 1999.
- ⁸ Vgl. Schmidt, Siegmund: Entwicklungszusammenarbeit im Kontext der deutschen Sicherheitspolitik, in: Böckenförde, Stephan/Gareis (Hg.): Deutsche Sicherheitspolitik, Baden-Baden, 2. Aufl., 2014, S. 245-265; BMZ 2013: Entwicklung für Frieden und Sicherheit. Entwicklungspolitisches Engagement im Kontext von Konflikt, Fragilität und Gewalt, BMZ-Strategiepapier 4/2013, http://www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/reihen/strategiepapiere/Strategiepapier328_04_2013.pdf
- ⁹ Vgl. Schmidt: Entwicklungszusammenarbeit im Kontext der deutschen Sicherheitspolitik, S. 253-258.
- ¹⁰ Umfangreiche und gut koordinierte diplomatische Initiativen von EU, OSZE, UN und Nato sowie die vorübergehende Stationierung von UN-Blauhelmsoldaten verhinderten einen Bürgerkrieg im multiethnischen Staat zwischen 1999 und 2001.
- ¹¹ Vgl. hier auch Fukuyama, Francis: Staaten bauen. Die neue Herausforderung internationaler Politik, Berlin 2006, der ein Modell für den Wiederaufbau von Staaten entwickelt hat.
- ¹² So in einem Vortrag bei den Landauer Akademiegesprächen am 8.12.2014 in Landau / Pfalz.
- ¹³ Übersehen wird dabei, dass Saddam Hussein Giftgas gegen die eigene kurdische Bevölkerung einsetzte und gegen den Iran einen Krieg führte, bei dem schätzungsweise 1 Million Menschen starben.
- ¹⁴ Dies bedeutet nicht, dass eine Einbindung von Gewaltakteuren in neue Strukturen grundsätzlich abzulehnen ist, wenn diese andere Optionen (wie Exil oder Straffreiheit) nicht akzeptieren.
- ¹⁵ Ein anderes Beispiel ist Zaire bzw. die Demokratische Republik Kongo.

Weitere Literatur

Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung: Conflict Barometer 2014, <http://hiik.de/>

Rudolf, Peter / Lohmann, Peter: Außenpolitikevaluation im Aktionsfeld Krisenprävention und Friedensaufbau, SWP, Berlin 2013, http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2013_S20_rdf_lom.pdf

Schmidt, Siegmund: Theoretische Überlegungen zum Konzept „Politische Stabilität“, in: Stabilitätsprobleme zentraler Staaten: Ägypten, Algerien, Saudi-Arabien, Iran, Pakistan und die regionalen Auswirkungen, hrsg. von Sigrid Faath, Hamburg 2003, S. 9-39.